

Öffentliche Bekanntmachung der Satzung des Landkreises Ludwigsburg über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Der Kreistag des Landkreises Ludwigsburg hat am 15.12.2023 Änderungen in der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit beschlossen:

Satzung des Landkreises Ludwigsburg über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Aufgrund von §§ 3 und 15 der Landkreisordnung Baden-Württemberg in der Fassung vom 19. Juni 1987 (GBl. 1987 S. 288), zuletzt geändert durch Art.2 des Gesetzes vom 04. April 2023 (GBl. S. 137,139), hat der Kreistag des Landkreises Ludwigsburg am 15. Dezember 2023 folgende Fassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit des Landkreises Ludwigsburg beschlossen:

§ 1

Entschädigung der Kreisräte

- (1) Die Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten als Ersatz für Auslagen und Verdienstaussfall eine Aufwandsentschädigung, die aus einem jährlichen Pauschalbetrag (Absatz 2) und Sitzungsgeld (Absatz 3) besteht.
- (2) Die Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten einen jährlichen Pauschalbetrag in Höhe von 1320 Euro.
Fraktionsvorsitzende von Fraktionen
bis 5 Mitglieder erhalten zusätzlich 280 Euro,
bis 10 Mitglieder 560 Euro,
bis 20 Mitglieder 840 Euro,
über 20 Mitglieder 1120 Euro.
- (3) Die Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten für jede Teilnahme an einer Sitzung des Kreistags, der Ausschüsse usw., für Verrichtungen im Auftrag des Kreistags unabhängig von der zeitlichen **Inanspruchnahme** 90 Euro. Für jeden Ausschuss-Sitz wird nur ein Sitzungsgeld gewährt und an das Mitglied ausbezahlt, das zu Beginn der Sitzung anwesend ist.
Die Kreisrätinnen und Kreisräte erhalten dieses Sitzungsgeld auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, Fraktionsvorstandssitzungen, **Arbeitskreissitzungen** der Fraktionen und **Klausurtagungen**, die vorher dem Landratsamt mitgeteilt werden und der Vorbereitung einer Sitzung des Kreistags oder eines Ausschusses dienen. Die Einladungen erfolgen durch und in Verantwortung der/des Fraktionsvorsitzenden.
- (4) Freiberuflich tätige bzw. selbstständige Kreisrätinnen und Kreisräte, die ihren Verdienstaussfall glaubhaft machen, erhalten die **eineinhalbfachen Entschädigungssätze** nach Absatz 3. Dies gilt auch für unselbstständig tätige Kreisrätinnen und Kreisräte, die keinen gesetzlichen oder vertraglichen Anspruch auf Ersatz von Verdienstaussfall haben.
- (5) Die **eineinhalbfachen Entschädigungssätze** nach Absatz 3 erhalten ferner Kreisrätinnen und Kreisräte, die durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landrat glaubhaft

machen, dass ihnen in einem bestimmten Zeitraum erforderliche Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen. Sie haben den Landrat über Änderungen bei den Voraussetzungen für diese Erstattung während des bestimmten Zeitraums unverzüglich zu unterrichten. Der Landrat kann von den Erstattungsempfängern den Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen für die Erstattung fordern. Wer Angehöriger ist, bestimmt sich in entsprechender Anwendung des § 20 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Baden-Württemberg.

- (6) Die Entschädigung bei mehrmaliger Inanspruchnahme am selben Tag darf zusammengerechnet bei Absatz 3 den Betrag von 180 Euro und bei den Absätzen 4 und 5 den Betrag von 270 Euro nicht übersteigen.
- (7) Bei Dienstverpflichtungen außerhalb ihres Wohnortes erhalten Kreisrätinnen und Kreisräte außerdem eine Fahrkostenerstattung bzw. Wegstreckenentschädigung nach dem Landesreisekostengesetz (§4 Abs. 1 und 2; § 5 Abs. 2 und 3).
- (8) Bei Sitzungen und Dienstverrichtungen außerhalb des Gebietes des Landkreises erhalten die Kreisrätinnen und Kreisräte neben dem Sitzungsgeld eine Reisekostenvergütung (Fahrkostenentschädigung, Tagegeld, Übernachtungsgeld usw.) nach dem Landesreisekostengesetz.

§2

Entschädigung der anderen ehrenamtlich Tätigen

- (1) Mitglieder eines beim Landkreis gebildeten Ausschusses (Jugendhilfeausschuss) erhalten eine Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 3 bis 8.
- (2) Sonstige ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstausfalls nach einheitlichen Durchschnittssätzen. Diese betragen bei einer zeitlichen Inanspruchnahme

bei bis zu 4 Stunden Dauer	60 Euro
bei über 4 Stunden Dauer	80 Euro

Für die Bemessung der zeitlichen Inanspruchnahme ist die Dauer der Anwesenheit maßgebend. Für Hin- und Rückfahrt wird je eine Stunde angerechnet. Bei mehreren Sitzungen am selben Tag ist für die Berechnung die Gesamtdauer der Inanspruchnahme maßgebend.

- (3) Sonstige für den Landkreis Ludwigsburg ehrenamtlich Tätige, die durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landrat glaubhaft machen, dass ihnen in einem bestimmten Zeitraum erforderliche Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen, erhalten die eineinhalbfachen Entschädigungssätze nach Abs. 2. Sie haben den Landrat über Änderungen der Voraussetzungen für diese Erstattung während des bestimmten Zeitraums unverzüglich zu unterrichten. Der Landrat kann von den Erstattungsempfängern den Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Erstattung fordern. Wer Angehöriger ist, bestimmt sich in entsprechender Anwendung des § 20 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für Baden-Württemberg.

- (4) Bei Dienstverpflichtungen außerhalb ihres Wohnortes erhalten sonstige ehrenamtlich Tätige außerdem eine Fahrkostenerstattung bzw. Wegstreckenentschädigung nach dem Landesreisekostengesetz (§ 4 Abs. 1 und 2; § 5 Abs. 2 und 3).
- (5) Bei Sitzungen und Dienstverrichtungen außerhalb des Gebietes des Landkreises erhalten die sonstigen ehrenamtlich Tätigen neben den einheitlichen Durchschnittssätzen nach Absatz 2 eine Reisekostenvergütung (Fahrkostenentschädigung, Tagegeld, Übernachtungsgeld usw.) nach dem Landesreisekostengesetz.
- (6) Die Aufwandsentschädigung für den Kommunalen Behindertenbeauftragten/die Kommunale Behindertenbeauftragte beträgt, rückwirkend zum 01.01.2016, monatlich 2000 Euro. Sie wird monatlich im Voraus bezahlt. Im Falle des Urlaubs oder der Erkrankung ist sie längstens drei Monate weiterzuzahlen. Der Kommunale Behindertenbeauftragte/die Kommunale Behindertenbeauftragte erhält eine Fahrkostenerstattung bzw. Wegstreckenentschädigung nach dem Landesreisekostengesetz (§ 4 Abs. 1 und 2; § 5 Abs. 2 und 3) für Dienstverpflichtungen außerhalb von Ludwigsburg.
- (7) Die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen stellvertretenden Kreisbrandmeister beträgt monatlich 300 Euro. Sie wird monatlich im Voraus bezahlt. In dieser Entschädigung ist die Fahrkostenerstattung enthalten. Im Falle des Urlaubs oder der Erkrankung ist sie längstens drei Monate weiterzuzahlen.


§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2024 in Kraft.

Hinweis nach § 3 Absatz 4 LKrO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Landkreisordnung für Baden-Württemberg (LKrO) oder aufgrund der LKrO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 3 Abs. 4 LKrO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Landkreis geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ludwigsburg, den 22.12.2023


Dietmar Allgaier, Landrat

